

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kund...
Preis der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Preis der Post bezogen wöchentlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Osterr.-Ungarn M. 3.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Jägerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Jägerstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die eingepaltene Postzeit mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verrechnungen 25 Pf. Inzerate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 295.

Dresden, Freitag den 20. Dezember 1912.

23. Jahrg.

Der sächsische Landtag ist heute mit einer Thronrede
abgeschlossen worden.

Bei der Reichstagswahl in Reuß a. O. wurde
die sozialdemokratische Kandidat Max Cohen mit starker Majorität
gewählt.

Der preussische Kultusminister hat angeordnet, daß die Aus-
sage nach den Forderungen der streifenden Stu-
denten geregelt wird.

Nach dem Ergebnis der württembergischen Landespro-
portionalen haben im württembergischen Landtag Konservative
das Zentrum zusammen ebensoviel Abgeordnete wie
die Liberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten.

Der Grubenunglück auf Seife „Minister Adenbach“ hat
den Todestopfer gefordert.

Vom selbständigen Angestelltenrecht.

Ueber die Verhandlungen der letzten Vertreter-
versammlung des leider nur zu einflussreichen Zentralverbandes
der Industriellen ist soeben in der Wochenschrift des
Bundes ein ausführlicher Bericht erschienen. Er zeigt
daß die Verhandlungen von noch größerer Bedeutung
für die Arbeiter sind, als aus den bisherigen gar zu kurzen
Berichten zu ersehen war.

Amüßend ist es bezeichnend, daß sich der bei weitem
größte Teil der Verhandlungen auf die Arbeiter und An-
gestellten bezieht. Dank der Erstarung der Arbeiterbewegung
sind die Forderungen der Arbeiter und Angestellten im
Vergleich mit unserem öffentlichen Leben.

Jedoch ist die Behandlung, die in dieser Versammlung
den Angestellten zuteil geworden hat, eine ganz andere als die
gewöhnlich der Arbeiterfrage. Bei der letzten herrschte all-
gemein Übereinstimmung darüber, daß die Arbeiter aus der
Klassenkampf der Unternehmer bereits herausgewachsen
sind, daß immer weitere Kreise der Arbeiter den herrschenden
Klassenkampf mit in den Klassenkampf um-
zuwandeln. Deshalb rangen sich die Arbeitgeber, die Regierung
und die Sachverständigen um die Eingliederung der Arbeiter
in die Klasse der „Besseren“ für die Arbeiter nicht mehr
als ein neues Justizhausgesetz gegen die Ge-
schäftlichen und zum Schutze der Streikbrecher, deshalb
sahen sie sich am Schlusse ihrer Beratungen für die Ver-
weigerung als das Mittel, möglichst viele Arbeiter in die Gemein-
schaft der gewöhnlichen Streikbrecher hinein-
zuführen und sie gegen ihre, für das gute Recht aller Arbeiter
bestimmten Klassenangelegenheiten auszuspielen.

Den Angestellten dagegen schenken die Herren vom
Zentralverband das — Vertrauen, daß sie sie noch durch „ge-
richtliche Mittel von dem Klassenkampf und der Sozialdemokratie
schützen können. Die Herren langten das hohe Lied von der
„höheren“ Stellung der Angestellten. Die Angestellten seien
grundsätzlich von wegen ihrer Bildung etwas Besseres als
die Arbeiter; sie seien Kopfarbeiter, die andern aber nur
Arbeiter; sie seien zwar noch lange nicht solche Menschen
wie die Unternehmer, aber ständen doch ihnen näher als
die Arbeiter; sie seien ein Zwischenglied zwischen der
Arbeiter- und der Reichsheit, den Unternehmern, und der Liebe
zu den Angestellten. Daher dürfe die Gesetzgebung
den Angestellten nicht ebenso wie die Arbeiter behandeln, dürfe
den Angestellten nicht dasselbe Recht schaffen wie den Arbeitern,
sondern das Angestelltenrecht müsse sich neben dem Arbeiter-
recht selbständig entwickeln.

Wir wissen, daß schließlich für die Entwicklung sowohl
des Arbeiterrechtes als auch des Angestelltenrechtes glück-
lichste nicht der gute Wille und die Weisheit der Unter-
nehmer maßgebend sind, sondern die wirtschaftliche Entwick-
lung, die immer größere Zahl und Bedeutung der Arbeiter und
Angestellten. Wir wissen auch, daß sich der immer größere
Einfluß der Arbeiter- und Angestelltenverbände auf die Regie-
rung der gemeinsamen Arbeit trotz aller guten „Lehren“ und
„Maßnahmen“ der Unternehmer immer mehr geltend
machen muß. Daher kann es uns nur recht sein, daß die
Herren des Zentralverbandes für das Angestelltenrecht, wenn
es für ein „selbständiges“ Angestelltenrecht, eintreten und
die Angestellten haben, an den Vorarbeiten für den Aus-
bau dieses Rechtes mitzuwirken wollen. Was sie den Angestellten
versprechen, wird, soweit es wirklich den Bedürfnissen unserer
Zeit entspricht, vorbildlich für die Arbeiter wirken; das werden
die Arbeiter um so schneller den Unternehmern abringen.
Wir wünschen daher den Herren einen recht großen Erfolg in
ihren Bemühungen für das „selbständige“ Angestelltenrecht.

Aber bis jetzt sind die Herren sehr wenig geeignet, die
Forderungen zu erfüllen, die sie vielleicht mit ihrem neuesten
Entschluß bei den Angestellten gemacht haben. Die Herren
haben durch den Verlauf des letzten Juristentages gekonnt,
den Angestellten, so erhalte ihnen ihr Geschäftsführer, offensichtlich
den besten gewisser Kreise zugegen, dem Gesetzgeber
die Erfüllung aller sozialpolitischer Schutzpflichten auf-
zuerlegen, um die Angestellten im wirtschaftlichen Kampfe

gegen das Unternehmertum mit schärferen Waffen zu ver-
sehen. Besonders entsetzte sich der Geschäftsführer des
Zentralverbandes darüber, daß der frühere österreichische
Justizminister Dr. Klein — nebenbei bemerkt einer der
angesehensten Juristen der Welt — deutlich das gute
Recht der Angestellten „auf Kosten“ der Unternehmer zu
fördern beabsichtigte und den Unternehmern Engherzigkeit,
Leberverteilung, Ausbeutung zur Last gelegt habe. Schließ-
lich malte der Geschäftsführer seinen eifrigeren Jühdreien das
fürchterliche Bild der Zukunft aus, falls die Weisheit des Juristen-
tages die nötige Beachtung fänden: Wir würden mit der Ein-
führung der obligatorischen Arbeiter- und Angestelltenvereine,
mit dem sogenannten „Friedensinstrument“ des Tarifvertrags
u. a. auf einen Weg geraten, der, den Wünschen der Sozial-
demokratie entsprechend, zur Verwirklichung des konstitutionellen
Fabrikrechts und letzten Endes zum Wirtschaftskommunismus
führen muß.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, um den An-
gestellten keine Schutzrechte gegen die Unternehmer einzuräumen,
um sie auch fernerhin von der Regelung der Arbeits- und
Lohnverhältnisse auszuschließen; dazu haben die Herren vom
Zentralverband ihre Sachverständigen mit den Vorarbeiten
für das „selbständige“ Angestelltenrecht betraut. Einer der Herren,
Geheimrat Vorster, wies auch gleich auf eine Neuanwendung
dieses „besonderen“ Angestelltenrechtes hin. Er regte an, daß
die Sachverständigen sich mit der Konkurrenzklause für die
Angestellten befassen sollten, da der dem Reichstag gegenwärtig
vorliegende Gesetzentwurf besonders ungünstig für die Unter-
nehmer sei. Dabei handelt es sich um den Gesetzentwurf, der
die Konkurrenzklause — jene berüchtigte Vereinbarung, daß
der Angestellte nicht in gewisse Konkurrenzgeschäfte eintreten
darf — nicht etwa beseitigen, sondern nur beschränken will;
also um den Gesetzentwurf, den alle Angestelltenverbände als
durchaus ungenügend verwerfen. Selbst diesen Gesetzentwurf
sollen die Sachverständigen des Zentralverbandes noch weiter
verschlechtern.

So glauben die Herren, den Angestellten unter dem
Schutze des „selbständigen“ Rechtes die fast völlige Recht-
losigkeit zumuten zu können. Das ist aber eine falsche Rechnung.
Je größer der Einfluß wird, den die Arbeiter durch ihre Ver-
bände auf die Regelung der gemeinsamen Arbeit erlangen,
desto unhaltbarer wird auch die Rechtlosigkeit der Angestellten.
Dabei ist es kein böser Zufall, sondern ein unvermeidlicher
Anfang, daß sich in der letzten Zeit auch die Angestellten
mit ihren wirtschaftlichen Forderungen immer dringender
melden. Und hier gibt es kein Halt mehr. Wie sich
die Arbeiterbewegung, als ihre Zeit gekommen war,
immer weiter entwickelt hat, genau so — vielleicht sogar noch
schneller — wird sich auch unter den Angestellten der Kampf
um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ausbreiten. Er-
weden jetzt die Herren vom Zentralverband durch ihren Eifer
für das „selbständige“ Angestelltenrecht wirklich bei den An-
gestellten ernsthafte Hoffnungen, dann wird sich die Ent-
täuschung bei ihnen sehr bald einstellen, und die überflügeln
Unternehmer werden das Gegenteil von dem erreichen, was
sie erstreben: sie werden um so schneller die Angestellten zur
Erkenntnis des Klassenkampfes und zum Anschluß an die
Sozialdemokratie bringen.

Unter Wahlerfolg in Reuß.

Bei der gestrigen Reichstagswahl in Reuß a. O. erhielt
Genosse Kaufmann Max Cohen-Frankfurt a. M. (Soz.) 7669,
Dr. Streifmann (natl.) 5278 und Amtsgerichtsrat Vatt-
mann (Wirtsch. Pgg.) 1460 Stimmen. Genosse Cohen ist
somit gewählt.

Bei den Januarwahlen hatte unser Parteigenosse Förster
im ersten Wahlgang mit 8542 Stimmen gestiftet, während der
Kandidat der Nationalliberalen 3804, der der Fortschrittlichen
Volkspartei 3319 Stimmen bei einer großen Menge zerstückelter
Stimmen erhielt. Der Wahlkreis, der 1877 von der Sozial-
demokratie erobert wurde, schied 1878 einen Konservativen,
1887 einen Reichsparteiler und 1907 wieder einen Konser-
vativen, sonst stets nur Sozialdemokraten in den Reichstag.

So hat die Wahl für unsere verstorbenen Genossen
Förster mit einem schönen und sehr erfreulichen Siege der
Sozialdemokratie geendet. Die hierigen Hoffnungen, die sich
unser Gegner auf Eröberung des Kreises gemacht haben, sind
böse enttäuscht worden. Die Nationalliberalen hofften, mit
der Kandidatur Dr. Streifmanns, eines ihrer gewandtesten
Leute, gute Geschäfte machen zu können, und sie haben an
Agitation in den letzten Wochen das menschenmögliche getan.
Sie wurden auch unterstützt einerseits durch die Verheißung
der alten Wählerlisten und andererseits durch die Anordnung
der obersten Reichsbehörde, diejenigen Wähler, die seit den
Januar-Wahlen aus dem Kreise verzogen sind, nicht zur
jetzigen Wahl zuzulassen. Durch diese Umstände ist fast aus-
schließlich unsere Partei betroffen worden. Aber die braven
Proletarier des reußischen Landvolkes haben alle behördlichen
Rahmregeln sowie alle Streifmannschen Lockungen verachtet und
dem Kreis wieder eine gute sozialdemokratische Vertretung im
Reichstag gestiftet.

Ruhr und Saar.

Die den christlichen Gewerkschaften nahestehende Zentrumspresse
bemüht sich im Schwelge ihres Angehts um den Nachweis, daß es
mit der Bewegung der Bergleute an der Saar eine ganz andere Ver-
wandtschaft habe, als sonst mit dem Streik ihrer Kameraden an
der Ruhr. Der Zustand vom März sei eine Privatheit gewesen,
eine Aktion, die man nur im Interesse der Sozialdemokratie unter-
nommen habe, ein Kampf ohne jede innere Berechtigung. An der
Saar aber lägen die Verhältnisse ganz anders: hier gelte es einen
unerbittlichen Druck abzuschütteln; hier seien die Lohnverhältnisse
miserabel, das System der Bevormundung und des Herrenstandpunkts
lasse sich mit halbwegs modernen Anschauungen nicht mehr verein-
baren; alle Wünsche der Arbeiter zum Anknüpfungsstatut würden
abgelehnt. Kurzum: was bei dem alten Verband im Ruhrgebiet
nicht scharf genug beurteilt werden konnte, das ist bei den Christen
in Saarablen eine unvermeidliche Notwendigkeit, ja so etwas wie
eine sittliche Pflicht.

Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die kirchlichen Streikbreiten
abgelehnt genug sind, um das alles niederzuschreiben, ohne daß sie
auch nur von ferne ein Schamgefühl anwandelt, und wenn wir uns
auch die Mühe nähmen, ihnen noch einmal an der Hand von tausend
Tatsachen zu beweisen, daß die Klagen der Streikenden in Westfalen
nicht minder berechtigt waren als die ihrer Kameraden in der säch-
sischen Rheinprovinz, so würde das auf die würdigen Schaller der
Verbreitungs-Akademie zu Wänden-Glabach wahrscheinlich nicht den
geringsten Eindruck machen. Wir unterlassen also alle Befehungs-
versuche und freuen uns nur darüber, wie die Christen und ihre
Freunde jetzt von denen desavouiert werden, die mit ihnen, als es
gegen die Noten ging, ein Herz und eine Seele waren. Die sa-
genannten liberalen Blätter im Saarrevier wie die Scharfmacher-
organe in Berlin beurteilen die Bewegung vom September nicht
anders als die vom März. Wenn es im Frühjahr hieß, der Streik
habe parteipolitische Tendenzen und sei zum Vorteil der Sozial-
demokratie in die Wege geleitet, so wird jetzt nur das Wort Sozial-
demokratie durch „Zentrumspartei“ ersetzt; wenn den Ruhrbergleuten
der Vorwurf gemacht wurde, daß sie nicht ruhig abgemartet hätten,
ob die in Aussicht gestellten Lohnverbesserungen denn nicht eintreten
würden so werden die Saarchristen hart angefaßt, weil sie die
offizielle Arbeitsordnung nicht sachlich geprüft hätten, und wenn
sich die Unternehmerorgane damals der fremdbildigen Unterstützung
durch die Rettung der christlichen Gewerkschaften erfreuen konnten,
die den Streikbruch organisierte und „nachweis“, daß der Kampf von
vornherein verfehlt sei und gar keinen Erfolg haben könne, so sehen
die kapitalistischen Arbeiterfreunde jetzt die katholischen Arbeitervereine
Verliner Richtung an ihrer Seite, die sich anschießen, an der Saar
den gleichen Verrat an ihren christlichen Vätern zu begehen, den
diese an der Ruhr an den drei im Kampfe stehenden Organisationen
gelbt haben.

Das die Hiesigen, Imbusch und Genossen hatten ja noch einen
besonderen Trampf. Sie wollten die „Ungefährlichkeit“ der Sozial-
demokratie nicht nachahmen, sie beschloßen, keinen Kontraktbruch zu
begehen, sondern regelrecht zu kämpfen und erst nach Ablauf der
gesetzlichen Frist gemeinsam die Arbeit niederzuliegen. Es sollte, wie
der vortreffliche Herr Effekt so schön sagte, geregelt werden, daß die
Bewegung von einer Organisation ausgehe, die auf Gesetz und Ehre
halte. Aber siehe da: das Kapital hatte wieder einmal einen andern
Begriff von Gesetz und Ehre als die Arbeiter, und man muß sogar
zugeben, daß sich die Bergwerksdirektion formell im Rechte befand,
als sie die Massenabstimmung durch den Arbeiterausfluß oder eine
sonstige Vertretung ablehnte und nur die Einzelabstimmung auf dem
Bureau des zuständigen Stellers als rechtmäßig anerkennen wollte.

Ja, so einfach ist es eben nicht, es dem Unternehmertum recht
zu machen. Treten die Arbeiter ohne Abstimmung in den Ausstand,
so wird ein gewaltiges Geschrei über Gesetzverletzung erhoben;
entschieden sie sich, im Rahmen der Gesetzlichkeit zu bleiben, so ver-
sucht man mit allen Mitteln, ihnen diese Gesetzlichkeit unmöglich zu
machen. Sie müssen eben auf jede Art ins Unrecht gesetzt werden.
Darauf waren die Christenführer in ihrer Raubtätigkeit und in ihrem
schönen Vertrauen auf die Freundschaft, deren der Staat und das
Preussensystem ihren Verband neuerdings so oft versichert hat, nicht
gefacht. Aber sie hätten sich zum mindesten der Vorgänge bei dem
letzten Streik der Braunkohlearbeiter in Mitteldeutschland erinnern
sollen. Da war auch regelrecht gekündigt worden, und als die
Arbeiter während der Kündigung und bald nach ihrem Ablauf mit
den Herren verhandeln wollten, da hieß es: wir können mit Deuten,
die aus unseren Pflichten auszuschneiden beabsichtigen oder schon aus-
geschieden sind, nicht in Besprechungen über unsere Arbeitsverhältnisse
eintreten.

Gerade daran hätten, wie gesagt, die Christen denken sollen,
dann wozu drumherumreden? Am Ende hat es sich bei der Kündi-
gung doch nicht nur darum gehandelt, zu zeigen, was der christliche
Gewerkschaften für eine homöopathische Gesellschaft ist; man hatte es doch
vor allem darauf abgesehen, Zeit zu gewinnen. Bis zum 2. Januar
ist eine ganze Weile. Da kann verhandelt werden, da läßt sich eine
mittlere Linie finden. Wie nun, wenn die Bergwerksverwaltung
sich an den mittelbeurischen Brannschlagsgruben ein Muster nimmt?

Nun, wahrscheinlich wird sie das ja nicht tun, denn die Berg-
werksverwaltung ist in diesem Fall standlich, und selbst der preussli-
sche Staat kann sich nicht so frei bewegen wie das Privatunter-
nehmertum. Er wird zwar nur dem Preussensystem hinhinsehen,
aber es ist doch immerhin eine Kontrolle, und er wird es nicht darauf
ankommen lassen, ob diese Kontrolle eine einmalige Ablehnung der Ver-
handlungen nach erfolgter Kündigung gutheißen würde. Auch ganz
dadon abgesehen, dürfte er darauf verzichten, die Christen um
Neußerßen zu treiben. Er findet ihre Schwierige Lage und weiß

Seite
n
nten
lenhan
120
d
Befam
vertell
nd F
e
ochs
n
n
nd F
unf
el
Str
berger
che
chs
Großh
beruf
jaß
u. Fra
79.
O!
mon.
njahr
Person
on
o Str.
Ben, Frem
lenjahr
Her u. Fran
Neuja
nd, Frem
kann
berger u.
wesen-Geb
erger Stra
ner Straß
enjahr
in
l Grub
Suez-Kan
Stunde 10.
liche zu
vedie
176 u. y
stren u. Fran
Stunde 10.
fos
njahr
176 u. y
stren u. Fran
Stunde 10.
fos
njahr